

<https://plus.rozhlas.cz/ceskoslovensti-nemci-odsunuti-do-ndr-mezi-funkcionari-vychodonemeckeho-rezimu-8991336>

Kommentar:

Die vertriebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei, oder auch Sudetendeutschen, werden bei uns in der Regel mit bestimmten Gebieten im ehemaligen Westdeutschland in Verbindung gebracht - insbesondere mit Bayern, das sie von jeher unterstützte. Dort haben eine Reihe von politischen, kulturellen und sozialen sudetendeutschen Organisationen ihren Sitz und dort finden auch regelmäßig die Sudetendeutschen Tage statt. Eine beträchtliche Anzahl Sudetendeutscher wurde jedoch auch in die spätere Deutsche Demokratische Republik, also nach Ostdeutschland, ausgesiedelt. Obwohl sich viele von ihnen am dortigen Regime beteiligten, wurde vor '89 und auch danach nicht viel über sie gesprochen. Wie war ihr Leben in der DDR? Konnten sie sich dort zu ihrer Herkunft bekennen und in Vereinigungen zusammenschließen? Wie wurden sie vom ostdeutschen Regime behandelt? Wir werden versuchen, in den nächsten Minuten Antworten auf diese Fragen zu finden und auch einige interessante Persönlichkeiten vorstellen. Am Mikrofon begrüßt Sie Veronika Kindlová.

Beginnen müssen wir natürlich mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das besiegte Deutschland wurde in mehrere Besatzungszonen aufgeteilt, die von den verschiedenen Siegermächten verwaltet wurden. Uns wird jetzt der Teil Deutschlands interessieren, der unter sowjetischer Administration stand - das waren die heutigen Bundesländer Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, ein Teil Niedersachsens und Ost-Berlin. Mit dem Kriegsende ging natürlich auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den tschechoslowakischen Gebieten einher. Insgesamt wurden etwa 3 Millionen Menschen vertrieben. Wie viele von ihnen landeten in der sowjetischen Besatzungszone? Das frage ich den Historiker Tomáš Malínek vom Institut für das Studium totalitärer Regime, der sich mit den Beziehungen zwischen der sozialistischen Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt.

Tomáš Malínek:

Das waren reichlich 800.000 Menschen. Aus dem Osten kamen etwas über 4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die sowjetische Besatzungszone beziehungsweise später in die DDR. Die Deutschen aus der Tschechoslowakei waren davon etwas mehr als 800.000.

Frage: Gab es eine Art Auswahl, wer in den Osten gehen wird und wer in den Westen?

Das ist eine recht schwierige Frage. Ein Faktor war natürlich die geografische Lage. Das bedeutete, dass zum Beispiel die Transporte mit den Vertriebenen aus Nordböhmen logischerweise in die sowjetische Besatzungszone gingen. Andererseits gingen die Transporte aus Südmähren zum Beispiel in die sowjetische Besatzungszone Österreichs. Es gab also zweifellos diesen geographischen Faktor, aber die gesamte Aussiedlung musste in erster Linie mit den Militärverwaltungen in den einzelnen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs koordiniert werden, und diese Besatzungsbehörden hatten in der Tat das Recht, jederzeit besondere Bedingungen für die Umsiedlung festzulegen. Sie konnten zum Beispiel auch einen Aufnahmestopp verhängen, wenn sie keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen wollten. Das war z.B. in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland der Fall: Die sogenannten „wilden“ Vertreibungen und der Beginn der organisierten Transporte bis Ende '45 gingen beispielsweise hauptsächlich in die sowjetische Besatzungszone. Diese war dann jedoch überlastet und die sowjetischen Generäle beziehungsweise die Militärverwaltung beschlossen, keine Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei mehr aufzunehmen. Also wurde dort für etwa sechs Monate ein Aufnahmestopp verhängt und ungefähr von Januar bis zum Sommer '46 gingen die organisierten Transporte dann hauptsächlich in die amerikanische Besatzungszone, also hauptsächlich nach Bayern, nach Hessen. In die sowjetische Besatzungszone ist fast niemand gegangen. Und dann wurde die Aufnahme dort wieder gestattet und die Menschen konnten ungefähr gleichmäßig aufgeteilt werden.

Frage: Und die bekannten Antifa-Transporte?

Diese wurden eigentlich in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den tschechischen Kommunisten, den ostdeutschen Kommunisten und natürlich der militärischen Besatzungsverwaltung organisiert. Die Menschen, die für diese Transporte aufgenommen

wurden, waren im Falle der sowjetischen Besatzungszone in der Regel meist schon in der Vorkriegszeit Kommunisten und ein kleinerer Teil von ihnen auch Sozialdemokraten gewesen. Die Antifa-Transporte mit Sozialdemokraten gingen jedoch in erster Linie in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland.

Die Leute, die mit den Antifa-Transporte ausreisten, hatten wesentlich bessere Bedingungen, das heißt, sie konnten einen viel größeren Teil ihres Besitzes mitnehmen - eigentlich fast alles, was transportiert werden konnte. Auch insgesamt waren die Bedingungen besser. Sie wurden nach Sachsen gebracht und dort gab es tatsächlich eine Art Auswahlverfahren, ein ziemlich strenges sogar, das von den ostdeutschen Kommunisten organisiert wurde, und dort wählten sie geeignete Kader für bestimmte Positionen in der Administration der Besatzungszone, in der Verwaltung sowie in der Partei selbst aus. Es gibt verschiedene Studien darüber, wie das abgelaufen ist, und oft stimmen sie dahingehend überein, dass diese tschechoslowakischen Kommunisten mit deutscher Nationalität am Ende oft ziemlich enttäuscht waren. Weil nämlich nicht so wirklich die Positionen auf sie warteten, die sie sich vorgestellt hatten, und weil die erfolgreichsten Karrierewege, auf die wir später noch zu sprechen kommen werden, einem relativ kleinen Kreis von Leuten vorbehalten waren, der dann in der Kommunistischen Partei oder dann später in der SED wirklich bedeutende berufliche Erfolge erzielte.

Kommentar:

SED, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die führende kommunistische Partei Ostdeutschlands. Einige Sudetendeutsche kamen auf etwas andere Weise nach Ostdeutschland als direkt aus der Tschechoslowakei, nämlich durch die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Soldaten der Wehrmacht wurden dort nach dem Krieg viele Jahre lang festgehalten - viele überlebten ihre Gefangenschaft nicht, andere wiederum bereiteten sich auf ihre zukünftige Karriere im sozialistischen Ostdeutschland vor, denn die Sowjets schickten einige der Gefangenen in die so genannten Antifa-Schulen, wo sie im marxistischen Sinne umerzogen wurden. Darunter waren auch Soldaten, die ursprünglich aus der Tschechoslowakei stammten - zum Beispiel Kurt Blecha. Geboren 1923 in Aussig (tsch.: Ústí nad Labem), trat er im Alter von 18 Jahren in die NSDAP ein und wurde an der Ostfront eingesetzt. Im Jahr 1943 geriet er in sowjetische Gefangenschaft, wo er sich dem antinazistischen Nationalkomitee Freies Deutschland anschloss. Gleichzeitig begann er, eine

Antifa-Schule zu besuchen. Er wurde 1945 freigelassen und ging in die sowjetische Zone, wo er fast umgehend in die SED eintrat. Er studierte Journalismus und schrieb für kommunistische Zeitungen. Etwas später trat er in die Zensurbehörde ein und wurde 1958 Leiter der Pressestelle des Ministerratsvorsitzenden der DDR, also der ostdeutschen Regierung. In dieser Funktion hatte Kurt Blecha in erster Linie alle Zeitungen und Zeitschriften unter seiner Kontrolle, die nicht direkt der Kommunistischen Partei unterstanden. Das bedeutete, dass er diese Zeitschriften zensierte und Einfluss darauf nahm, was in ihnen geschrieben wurde oder nicht. Der aus Aussig stammende Kurt Blecha war somit bis 1989 quasi der Herr über die nichtkommunistische Presse. Er starb 2013. Doch zurück zur Nachkriegszeit, zu Historiker Tomáš Malínek.

Frage:

Wir kennen die Erzählungen von vertriebenen Sudetendeutschen darüber, wie schwierig es nach dem Krieg war, wie sie lebten, wie verschiedene provisorische Häuser für sie gebaut wurden, wie sie von der lokalen Bevölkerung feindselig empfangen wurden. War das auch in der sowjetischen Zone der Fall, dass man nicht so recht wusste, wie es mit ihnen weitergehen sollte?

Tomáš Malínek:

Es war genau das Gleiche. Eigentlich hat dort niemand die Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Sie mussten irgendwo untergebracht werden, zunächst in provisorischen Lagern oder in Schulen, in denen es gerade keinen Unterricht gab. Dann wies ihnen die Besatzungsverwaltung Häuser oder Bauernhöfe zu, oft auf dem Lande. Sehr oft wurde das mit Hilfe von Drohungen erzwungen, denn die Einheimischen wollten natürlich kein Dach mit jemandem teilen, den sie nicht kannten. Selbst für die Antifaschisten, die dorthin kamen, war es nicht gerade einfach - auch wenn sie schon Mitglieder der Kommunistischen Partei waren. Aber es gab bereits gewisse Strukturen und es war recht schwierig für sie, dort Fuß zu fassen. Und genau wie im Westen wurden diese Leute oft angefeindet, dass die Vertreibung eigentlich ihre eigene Schuld sei, dass sie selbst dafür verantwortlich seien, oder sogar, dass der ganze Krieg ihretwegen gewesen sei und dass sie eigentlich alles verursacht hätten. Der Unterschied zu Westdeutschland war der, dass diese Rhetorik auch von der kommunistischen Parteiführung im Osten aufgegriffen wurde, denn die offizielle Haltung der

Partei zur Vertreibung war eigentlich genau die gleiche wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei oder in Polen: dass die Vertriebenen dafür selbst verantwortlich seien und dass es eine gerechte Strafe für sie sei. In Westdeutschland hingegen ging die Rhetorik in eine ganz andere Richtung. Dort forderten alle großen politischen Parteien bis weit in die 1960er Jahre hinein die Rückkehr zu den deutschen Grenzen von '37 und die bedingungslose Rückkehr der Flüchtlinge, auch in die Tschechoslowakei. Niemand im Westen stellte die Grenzen der Tschechoslowakei in Frage. Das gab es nicht, zumindest nicht in den großen politischen Parteien, aber diese Rückkehr oder dieses Recht auf Rückkehr in die Heimat gehörte in den westdeutschen Parteien zum politischen „Mainstream“.

Kommentar:

Vor Jahren trafen wir auf der Insel Usedom eine Frau, die in Hohenebel (tsch.: Vrchlábí) geboren wurde. Sie erzählte uns, dass es auf der Insel viele Deutsche aus der Tschechoslowakei gäbe. Sie sagte, man erkenne sie daran, dass sie außer Blumen auch Kartoffeln, Bohnen und Zwiebeln in ihren Gärten hätten. Ein weiteres Erkennungszeichen sei die andersartige Küche und vor allem die Verwendung von Kümmel: Wer Kartoffeln mit Kümmel kocht und nicht mit Kräutern und Liebstöckel, wie es in Deutschland üblich ist, der habe angeblich auch Wurzeln in Böhmen. Daraus ergibt sich eine weitere Frage an Tomáš Malínek: Wurden die vertriebenen Deutschen in irgendeiner Weise gezielt verteilt, zum Beispiel wie gerade erwähnt in den Norden?

Tomáš Malínek:

Ich bin mir sicher, dass es für die Verteilung ein System gab, das wurde primär von der sowjetischen Besatzungsverwaltung festgelegt. Mecklenburg-Vorpommern war generell das Hauptziel, wohin die Flüchtlinge geleitet wurden, und ähnlich lief die Verteilung in Westdeutschland ab. Das heißt, dass Mecklenburg-Vorpommern vor dem Krieg der am wenigsten besiedelte und eigentlich der ländlichste Teil der sowjetischen Besatzungszone war, beziehungsweise des Gebiets, auf dem später die sowjetische Besatzungszone entstand. Es war also vor allem eine dünn besiedelte landwirtschaftliche Region, wohin der größte Teil der Flüchtlinge und der Vertriebenen aus dem Osten kam. Aus der Sicht der Besatzungsbehörden ergab es wenig Sinn, diese Menschen zum Beispiel nach Sachsen zu schicken, denn dort, in Dresden, Chemnitz, in Leipzig, reichte der Wohnungsbestand oft

nicht einmal für die Menschen aus, die den Krieg da überlebt hatten. Es gab also überhaupt keinen Platz, um die Menschen unterzubringen. Auf dem Lande hingegen, wo es Landwirtschaft und Bauernhöfe gab, konnte man diese Menschen nicht nur in würdevolleren Räumlichkeiten unterbringen, die nicht durch den Krieg und die Luftangriffe beschädigt worden waren, sondern sie hatten dort auch die Möglichkeit zu arbeiten. Das ist völlig analog zur Situation in Westdeutschland, wo die Flüchtlinge vor allem in das damalige Agrarland Bayern geleitet wurden. Es ergab keinen Sinn, sie z.B. nach Hamburg, Bremen oder Köln zu schicken, wo es ohnehin keine Unterkünfte für sie gegeben hätte. Das hatte tatsächlich auch große Auswirkungen auf die langfristige Zusammensetzung der Bevölkerung: In Mecklenburg-Vorpommern war nach Statistiken aus der Nachkriegszeit, aus den späten 1940er Jahren, fast jeder zweite Einwohner Flüchtling.

Kommentar:

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Deutschen aus der Tschechoslowakei nicht die einzigen Flüchtlinge waren, die nach dem Krieg nach Deutschland, egal unter welcher Verwaltung, kamen. Die deutschen Minderheiten wurden aus mehreren Ländern Osteuropas vertrieben, aber vor allem durch die Verschiebung der deutsch-polnischen Grenze zugunsten Polens waren acht Millionen Deutsche aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Tomáš Malínek:

Was die Deutschen aus der Tschechoslowakei anbelangt, so wurden diese von der Besatzungsverwaltung in erster Linie in Sachsen-Anhalt und Thüringen untergebracht. Erst mit einigem Abstand folgten dann Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg, aber in viel geringerem Umfang. Interessant ist, dass die Besatzungsbehörden ganz zu Beginn überhaupt nicht damit gerechnet hatten, dass zum Beispiel Sachsen ein Land sein sollte, in dem Menschen aufgenommen werden sollten. Sachsen war ein Industrieland, wo der Wohnungsbestand zerstört war, wo die Fabriken zerstört waren. Sie dachten daher, dass es überhaupt keinen Sinn hätte, zu versuchen, dort Menschen anzusiedeln. Aber in den Wirren der ersten Nachkriegsmonate hatte niemand, weder die Zivilverwaltung Deutschlands noch die militärische Besatzungsverwaltung, die Mittel oder Möglichkeiten, um den Umsiedlerstrom vollständig kontrollieren zu können. Später konnten die Umsiedler

beziehungsweise die Vertriebenen in Sachsen bleiben und erhielten dann auch offiziell das Recht dazu. Aber wie gesagt, nach den damaligen Statistiken waren die Regionen, die die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei hauptsächlich aufnahmen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Frage:

In diesem Zusammenhang wollte ich auch noch eine Frage stellen: Die Sudetendeutschen, konkret diejenigen, die nach Bayern umgesiedelt wurden und oft Arbeiter waren, haben zum Beispiel mit zum bayerischen Wirtschaftswunder verholfen. Es gibt einen bekannten Fall von Leuten, die aus Gablonz (tsch.: Jablonec) vertrieben wurden und von dort die Kunst der Schmuckherstellung mitbrachten, die sie dann weiter in Bayern ausübten und dem Gablonzer Schmuck aus schließlich sogar Konkurrenz machten. Ähnlich war das mit Textilarbeitern, Spinnern, die alle ihre Fähigkeiten mit in den Westen brachten und dort zum Wirtschaftswunder beitrugen. Hat es so etwas auch im Osten gegeben? Hat die DDR die besonderen Fähigkeiten der Deutschen aus der Tschechoslowakei genutzt?

Tomáš Malínek:

Das war eigentlich die einzige Ausnahme von der Regelung, die besagte, dass Deutsche, die aus einer Region stammten, nicht zusammen an einem Ort leben sollten. Diese speziellen beruflichen Qualifikationen, das ist eines der wenigen Beispiele, bei denen das in der Form möglich war. So fanden sich zum Beispiel Menschen aus Gablonz und Umgebung nicht nur in Bayern, sondern einige von ihnen auch in Brandenburg wieder, wo sie ebenfalls Schmuck herstellten. Das war ein Beispiel dafür, dass die Besatzungsverwaltung darauf bedacht war, dass diese Menschen zusammenbleiben konnten. Die Situation war zum Beispiel ähnlich wie bei den Fischern aus Ostpreußen, die auch nicht irgendwo in Sachsen, sondern an der Ostseeküste angesiedelt wurden, um weiterhin das zu tun, was sie am besten konnten, also Fische fangen. Das tschechoslowakische Grenzgebiet, in dem die Deutschen lebten, war ein weitgehend industrialisiertes Gebiet, und deshalb war die sowjetische Besatzungsverwaltung ausgesprochen interessiert daran, dass von dort vor allem Menschen mit höheren Qualifikationen, qualifizierte Facharbeiter, nachkamen. Das wiederum stand im Widerspruch zu den Interessen der Tschechoslowakei. Als man also eine Liste erstellte, wie und wann diese Menschen allmählich nach Deutschland gehen sollten, wurden die Facharbeiter und

Bauern, die das Land bearbeiteten, erst ganz ans Ende dieser Liste gesetzt, damit sie '45, '46 noch säen konnten, ernten konnten und so weiter. Die sowjetische Besatzungsverwaltung wollte sie hingegen so schnell wie möglich in Deutschland haben. Interessant ist auch, dass einige Offiziere der sowjetischen Besatzungsverwaltung sogar den Wunsch äußerten, dass die Arbeiter die Werkzeuge, die sie für ihre Arbeit verwendeten, nach Ostdeutschland mitbringen sollten. Diese Maschinen und Werkzeuge konnten dann von der sowjetischen Besatzungsverwaltung als Reparationen beschlagnahmt werden - genauso wie sie die Gleise demontierten und in die Sowjetunion brachten, weswegen alle Strecken dann nur noch eingleisig waren. Aus der Sicht der sowjetischen Besatzungsverwaltung war es also das Beste, wenn Facharbeiter aus der Tschechoslowakei in das Gebiet kamen, das sich unter ihrer Kontrolle befand.

Kommentar:

Wir unterbrechen unsere Unterhaltung über die allgemeinen Bedingungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei in der DDR für einen Moment, um ein weiteres Schicksal vorzustellen. Es handelt sich wieder um eine Person, die es in der DDR auf ihrem Gebiet weit gebracht hat – es geht um den Historiker Eduard Winter. Er wurde 1896 in Grottau (tsch.: Hrádek nad Nisou) geboren. Er studierte Theologie und Philosophie, wurde zum Priester geweiht und lehrte an der theologischen Fakultät in Prag. Er wurde zu einem wichtigen Vertreter der deutschen katholischen Jugendbewegung. Nach und nach brach er jedoch mit der katholischen Kirche und wandte sich dem nationalistischen sudetendeutschen Milieu zu. Er veröffentlichte damals mehrere Werke über Philosophie und Geistesgeschichte. Der Historiker Jiří Němec von der Philosophischen Fakultät der Masaryk-Universität in Brünn und Autor des Buches „Eduard Winter. Zpráva o originalitě a přizpůsobení se sudetoněmeckého historika“ (dt.: Eduard Winter. Bericht über Originalität und Selbstanpassung eines sudetendeutschen Historikers) wird Ihnen mehr über Winters Positionen und seine Werke erzählen.

Jiří Němec:

Seine Werke hatten einen gewissen nationalsozialistischen Kern oder Charakter, aber sie waren den Tschechen gegenüber nicht chauvinistisch verfasst. 1938 veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel „Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum“ - ein Werk, dass die

Bemühungen zum Ausdruck brachte, dass die beiden Völker, Tschechen und Deutsche, in einem Land zusammenleben können – so bewerte ich es persönlich und so wurde es auch damals schon verstanden. Er war ein Historiker, sein Bereich war die Philosophiegeschichte, er beschäftigte sich mit Ideengeschichte und der Geschichte der Philosophie, und die Hauptperson, der er sich widmete, war Bernard Bolzano. Er hob Bernard Bolzano zum einen als reformorientierten Katholiken hervor - was mit seinem katholischen Ansatz zusammenhing - und zum anderen als jemanden, der kein Nationalist war, der sagte, dass es notwendig sei, dass die beiden Völker in einem Land zusammenleben, der sogar sagte, dass sie im Grunde nicht zwei Völker seien, sondern ein Volk mit zwei Sprachen. Das war der Bohemismus, wie ihn Bolzano verstand. Und das wurde von Winter in den 30er Jahren in seinem Werk, das eine Synthese der Religionsgeschichte der böhmischen Länder vom tiefen Mittelalter bis Masaryk darstellt, weitgehend neu interpretiert und eingeordnet.

Kommentar:

Im Jahr 1939 ist Eduard Winter in die NSDAP eingetreten. Ein Jahr später heiratete er, obwohl er geweihter Priester war. Dafür wurde er anschließend exkommuniziert. Während des Protektorats wandte er sich dann dem Nationalsozialismus zu und seine Auffassung nach Bolzanos Motto "Eine Nation - zwei Sprachen" projizierte er auf die Zusammenarbeit der Nationen innerhalb des Reichs. Während des Protektorats arbeitete Winter bei der Reinhard-Heydrich-Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung in Prag. Dort leitete er das Archiv für osteuropäische Geistesgeschichte. Nach Kriegsende war es ihm ein großes Anliegen, in der Tschechoslowakei zu bleiben. Es heißt, er habe selbst gesagt, dass er auch Kommunist werden würde, um nicht fortgehen zu müssen.

Jiří Němec:

Eduard Winter war in dieser Hinsicht ganz anders als viele der Menschen, die damals ausgesiedelt wurden. Zum Beispiel der wichtigste Historiker mit sudetendeutschem Hintergrund, Wilhelm Wostry, war damals schon ein älterer Herr. Er wurde in den letzten Jahren des Protektorats beauftragt, ein großes Werk über die tschechische Geschichte zu schreiben, etwas wie den Antipalacký. Er stammte aus Saaz (tsch.: Žatec) und kam dann nach Ostdeutschland, wo er in einem evangelischen Pfarrhaus jedoch auf ziemlich ärmliche Weise lebte. Seine Situation verbesserte sich erst ein wenig, als Winter nach Ostdeutschland kam.

Winters Frau stammte aus Maurach, aus Tirol, aus Österreich, und er behauptete dann, österreichischer Staatsbürger zu sein und kein deutscher Staatsbürger. Daher ging Winter gleich nach dem Krieg, irgendwann im Juli 1945, nach Wien und hat viele Monate lang versucht, an der dortigen Universität Fuß zu fassen, um die Professur für osteuropäische Geschichte zu übernehmen. Das konnte er jedoch nicht, weil Österreich katholisch war und er als ehemaliger Priester, der exkommuniziert worden war, weil er geheiratet hatte, viele Feinde in der katholischen Kirche hatte, die sich aus diesem Grund weigerte, ihn in Österreich zu akzeptieren. Er bewegte sich in Wien in linken, sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen und versuchte mit deren Hilfe, sich gegen die einflussreiche katholische Kirche durchzusetzen, was ihm aber nicht gelang. Seine Freunde halfen ihm schließlich dabei, einen Weg nach Ostdeutschland zu finden. Das geschah in der Zeit, als er gerade die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, und so reiste er als österreichischer Staatsbürger aus. Er bewarb sich dann an der Universität Halle-Wittenberg auf eine der ersten Professuren für Osteuropäische Geschichte - eine Professur, die bis dahin an den dortigen Universitäten nicht üblich war, aber von der sowjetischen Militär- und Besatzungsverwaltung ausdrücklich verlangt wurde.

Winter konnte das für sich nutzen. Es spielte ihm in die Karten, dass er sich während des Krieges schon sehr intensiv mit den Ostkirchen und den Beziehungen zwischen Moskau und Rom beschäftigt hat. Das wurden dann die Themen, mit denen er sich später ebenfalls in der DDR beschäftigte, wenn auch nicht als Hauptthema, zumindest nicht in den ersten 10 Jahren, aber später kam er darauf zurück und schrieb dann umfangreiche Texte, tausende Seiten darüber. Winter kommt also 1947 in die sowjetische Besatzungszone. Dass es dort entsprechende Stellen gab, wusste er durch seinen Bruder, der direkt nach Halle umgesiedelt worden war und der ihm erzählte, dass die Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone keine Professoren hatten und neue suchten, um die ehemaligen nationalsozialistischen Professoren zu ersetzen. Winter ergriff die Chance und leugnete dabei, früher in der NSDAP gewesen zu sein.

Kommentar:

Seine kommunistischen Kollegen deckten die Wahrheit jedoch auf und nutzten dieses Wissen, um Winter bei Bedarf unter Druck setzen zu können. Trotz seiner Vergangenheit wurde Eduard Winter bald Rektor der Universität Halle, nahm 1950 aber ein Angebot der

Humboldt-Universität in Berlin an, dort Professor für osteuropäische Geschichte zu werden. Er strukturierte den Lehrstuhl zum Institut für Geschichte der Völker der UdSSR um und bildete er eine Reihe von marxistischen Historikern aus, die sich mit der Geschichte Osteuropas befassten. Wie Jiří Němec erläutert hatte, knüpfte er dort an seine frühere Arbeit bei der Heydrich-Reichsstiftung an, wo er sich mit Geistesgeschichte beschäftigt hat.

Jiří Němec:

Schon lange, schon seit Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre interessierte er sich auch für die Probleme in der Ukraine. Er begann, sich mit der religiösen Situation in der Ukraine zu befassen. Zunächst bot er den Nazis seine Texte an, die die Situation vor Ort nicht verstanden und seine Arbeiten brauchten, um sich während der Besetzung der Ukraine hinsichtlich dieser Problematik orientieren zu können. Später, als er in der DDR lebte, veröffentlichte er sie dann als Leiter seines Instituts für die Geschichte der Völker der UdSSR.

Kommentar:

Winter blieb bis zu seiner Pensionierung an der Universität Berlin. Er galt als einer der führenden Experten auf seinem Gebiet. Das Regime war ihm gegenüber allerdings misstrauisch, die Stasi setzte mehrere studentische Spitzel auf ihn an.

Doch Eduard Winter setzte sich für das kommunistische Regime der DDR ein. So belegte er beispielsweise einen speziellen Kurs zum Marxismus, für den er dankbar gewesen sei, weil er ihm die Augen geöffnet und es ihm ermöglicht habe, die Funktionsweise der ostdeutschen Gesellschaftsordnung zu verstehen. Winter soll auch zu Gast bei den Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag gewesen sein. Sein ganzes Leben lang genoss er ein hohes Ansehen.

Jiří Němec:

Ende der 1980er Jahre erschien ein Buch mit dem Titel „Pioniere der ostdeutschen Geschichte“, in dem 16 Historiker vorgestellt wurden, darunter zwei tschechischer Herkunft. Einer von ihnen war Eduard Winter. Winter galt als ursprünglich bürgerlicher Historiker, der den richtigen Lauf der Geschichte erkannte und sich auf die richtige Seite, die der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, stellte.

Kommentar:

Zu Eduard Winter möchte ich noch hinzufügen, dass er seine österreichische Staatsbürgerschaft zeitlebens behielt. Er besuchte sein Heimatland mehrmals, obwohl, wie Jiří Němec anmerkte, die tschechoslowakische Staatssicherheit seinen Aufenthalt im Land anscheinend nicht als wünschenswert erachtete. In den 1960er Jahren sprach er jedoch sogar auf einer historischen Konferenz in der Tschechoslowakei. Zu erwähnen ist auch, dass er und einige seiner Studenten beziehungsweise Mitarbeiter, wie der in Neupaka (tsch.: Nová Paka) geborene Historiker Anton Blaschka, den Winter an die Universität Halle holte, Themen, die die böhmischen Länder betrafen, aufgriffen und in das Bewusstsein der Fachöffentlichkeit rückten. Eduard Winter starb 1982 in Berlin.

Kommentar:

Die Sudetendeutsche Landesmannschaft, die die Vertriebenen betreut und deren Interessen vertritt, die christliche Ackermann-Gemeinde, der literarische Adalbert Stifter Verein, die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde. Dies sind bekannte Namen und Vertreter der zahlreichen Organisationen, die die aus der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen in Westdeutschland gründeten. Darüber hinaus entstanden Dutzende Vereine gegliedert nach den Städten und Dörfern, aus denen ihre Mitglieder vertrieben worden waren, die die Erinnerung an ihre alte Heimat aufrechterhalten wollten. Ergänzt wird diese Aufzählung durch den groß angelegten, jährlich stattfindenden Sudetendeutschen Tag. Und was ist mit den Deutschen, die nach Ostdeutschland umgesiedelt wurden? Durften sie sich in Gruppen zusammenschließen, die auf ihrem Herkunftsland, der Tschechoslowakei, basierten? Was sagt Tomas Malínek dazu?

Tomáš Malínek:

In bestimmte Gruppen zusammenschließen durften sie sich keinesfalls. Später, als die DDR bereits existierte, war das sogar auf rechtlicher Ebene strafbar. In der DDR gab es ohnehin keine Versuche der Integration. In den Dokumenten von damals wurde vielmehr das Wort Assimilation verwendet, was auch viel zutreffender ist, denn die offizielle Politik der SED gegenüber den Aussiedlern oder Vertriebenen bestand darin, dass sie sich so schnell wie möglich innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft vollständig assimilierten. So wie in der DDR wurden auch in der sowjetischen Besatzungszone Begriffe wie „Vertriebene“ überhaupt nicht verwendet. Man nannte diese Menschen Umsiedler oder ehemalige Umsiedler,

seltener beispielsweise auch Neubürger. Der Begriff „Vertriebener“ wurde jedoch überhaupt nicht verwendet. Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre bezeichneten die DDR-Behörden die Integration oder vielmehr Assimilation als abgeschlossen, und danach wurde auch der Begriff „Umsiedler“ kaum noch verwendet, allenfalls noch „ehemaliger Umsiedler“. Diese Menschen verschwanden aus allen Statistiken, es gab keine offiziellen staatlichen Statistiken darüber, wo wie viele Vertriebene lebten, etc. Und tatsächlich war die einzige staatliche Institution in der DDR, die weiterhin mit dem Begriff „Vertriebene“ arbeitete, die Stasi, die natürlich bis Ende der 1980er Jahre sehr sorgfältig Statistiken darüber führte, wo wie viele Vertriebene aus dem Osten lebten, auf welche Weise sie aktiv waren, welche Kontakte sie in den Westen hatten, und so weiter.

Kommentar:

Tomáš Malínek's Aussagen werden auch von Manfred Glöckner bestätigt, der aus dem heutigen Wrocław in Polen, dem früheren deutschen Breslau, stammt. Wie die Deutschen aus den böhmischen Ländern mussten auch er und seine Familie ihre Heimat verlassen und ließen sich in Sachsen nieder. Die Glöckners befanden sich damals also in der gleichen Situation wie unsere Deutschen.

Glöckner:

Das gab es nicht bei uns in der Ostzone damals, in Ostdeutschland, in der DDR, gab es keine Heimatvereine wie im Westen, die dort wie Pilze aus dem Boden schossen. Der offizielle Sprachgebrauch lautete „Umsiedler“, so wurden wir auch in der Schule genannt. Wir haben uns immer als Flüchtlinge bezeichnet. Umsiedler, das klingt recht positiv. Mein Geschichtslehrer hat mir in der Schule deswegen Probleme bereitet, weil ich behauptete, dass wir Vertriebene waren, wir wurden vertrieben, wir wurden nicht umgesiedelt.

Kommentar:

Es war für das kommunistische Regime der DDR einfach ideologisch nicht dienlich, besondere Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, dass die Bruderländer Tschechoslowakei sowie Polen einen Teil ihrer Bevölkerung, die sie aus ideologischer Sicht als gefährlich ansah, von ihrem Staatsgebiet vertrieben, also "umgesiedelt" hatte, und dieser Bevölkerungsteil nun am Aufbau des Regimes in der DDR beteiligt war. Oder dass die

Menschen, die die Tschechoslowakei durch die Antifa-Transporte freiwillig verlassen haben, erzählen würden, dass sie vor allem deshalb fortgegangen sind, weil die Tschechen ihnen, obwohl sie Antifaschisten sind, voller Hass begegnet sind.

Tomáš Malínek:

Wenn wir auf das Vereinigungsrecht zurückkommen, so war das Bilden von Vereinen und Organisationen in der DDR, anders als in Westdeutschland, zwar streng verboten, aber dennoch liefen die Treffen sowie die Kommunikation innerhalb der einzelnen Vertriebenengemeinschaften alle auf halblegaler beziehungsweise illegaler Basis ab. Das mit Abstand bekannteste Beispiel für solche Zusammenkünfte sind die Treffen der Vertriebenen in den Zoos von Leipzig und Halle. In der Regel geschah dies anlässlich wichtiger römisch-katholischer Feiertage, die in dem Gebiet, in dem die tschechoslowakischen Deutschen damals gelebt hatten, gefeiert wurden. Meistens passierte das um den fünften August herum, dem Fest Unserer lieben Frau vom Schnee, oder auch im Frühjahr zu Pfingsten, wenn sich eine größere Anzahl Vertriebener dann rein zufällig im Zoo traf. Sie kauften ganz regulär eine Eintrittskarte und trafen sich zum Beispiel dort im Restaurant, unterhielten sich, tauschten sich zu Erlebnissen aus, nicht nur aus der DDR, sondern auch zu ihren Besuchen in der Tschechoslowakei. All dies wurde von der Stasi bis Ende der 1960er Jahre sehr genau mitverfolgt. Wir wissen also durch die Aufzeichnungen der Stasi und die überlieferten Dokumente ganz konkret, wie diese Treffen abliefen, worüber gesprochen wurde. Natürlich hatte die Stasi Informanten unter den Vertriebenen. Das waren insgesamt mehrere tausend Personen, die an diesen Treffen teilgenommen haben. Sie haben sich natürlich sehr genau erkundigt, woher die Leute nach Leipzig oder Halle gekommen sind, und sie haben natürlich auch nach ihrer Herkunft gefragt. Aus unserer Sicht ist es sehr interessant, dass an diesen Treffen in Leipzig vor allem Vertriebene aus der Region um Brůx (tsch.: Most) und Leitmeritz (tsch.: Litoměřice) teilnahmen.

Kommentar:

...erzählt uns der Historiker Tomáš Malínek. Wenn also die Stasi die Aktivitäten der Deutschen aus der Tschechoslowakei überwachte, bedeutete das, dass diese Herkunft als Nachteil gesehen werden konnte? Dass man lieber nicht sagte, woher man ursprünglich kam?

Tomáš Malínek:

Die Stasi wollte in erster Linie herausfinden, ob die Vertriebenen in irgendeiner Weise mit Vertriebenenverbänden oder -vereinen in Westdeutschland in Kontakt standen. Das war ihr Hauptinteresse. Wenn sie zum Beispiel bei diesen Treffen in Leipzig herausfanden, dass das nicht der Fall war und dass die Leute dort vor allem darüber sprachen, wie es im Urlaub in der Tschechoslowakei war und dass sie die Stadt oder das Dorf besucht hatten, aus dem sie kamen, war das für die Stasi nicht weiter interessant. Das wurde zur Kenntnis genommen, mehr nicht. Was sie viel mehr interessierte, war beispielsweise, ob in den Gesprächen die Grenzen der DDR infrage gestellt wurden. Wenn sich das herausstellte, dass jemand zum Beispiel die Verschiebung der deutschen Grenzen, die Abschaffung der Grenze an der Oder, den Anschluss des Sudetenlandes an Deutschland oder etwas in diese Richtung forderte, dann wurde das strafrechtlich verfolgt und diese Leute bekamen in der Regel eine hohe Strafe dafür. Auf ähnliche Art und Weise wurden Kontakte zu westdeutschen Vertriebenenverbänden geahndet. Tatsächlich war es bis '61, bis die Grenze zwischen West- und Ostberlin geschlossen wurde, durchaus üblich, dass ostdeutsche Vertriebene zu Treffen der westdeutschen Vertriebenen in Westberlin gingen. Und natürlich wurde auch das von der Stasi überwacht. Aber wie gesagt, solange es sich aus Sicht der Stasi nicht um revisionistische Angelegenheiten handelte, wie Forderungen nach Grenzänderungen, das Infragestellen des sozialistischen Systems in Osteuropa oder Kontakte in den Westen, war das für sie nicht wirklich interessant, aber sie wollten es natürlich trotzdem wissen.

Frage: Es gab also keinen Grund, die eigene Herkunft z.B. aus dem Erzgebirge zu verheimlichen?

Tomáš Malínek:

Unmittelbar nach dem Krieg war etwa jeder Vierte in der DDR ein Flüchtling. Bis zum Bau der Berliner Mauer war zwar fast eine Million Menschen in den Westen geflohen, aber selbst dann war von den 1960er bis in die 1980er Jahre immer noch etwa jeder fünfte DDR-Bürger ein Flüchtling aus dem Osten, weshalb es die Stasi zweifellos nie geschafft hätte, alle zu erfassen und jedem Vertriebenen das Leben schwer zu machen.

Frage:

Etwas, wonach ich noch fragen wollte und was Sie bereits angesprochen haben, ist das Thema Religion. Unsere Deutschen waren wahrscheinlich eher katholisch als evangelisch und unterschieden sich auch dadurch von der Bevölkerung in Sachsen, in Brandenburg. Hatte das Auswirkungen? War die katholische Kirche froh, dass Gläubigen zu ihnen kamen? Obwohl ich mir vorstellen kann, dass die Kirche in Ostdeutschland wahrscheinlich auf ähnliche Weise unterdrückt wurde wie bei uns.

Tomáš Malínek:

In der Zwischenkriegszeit war verschiedenen Statistiken nach der römisch-katholische Bevölkerungsanteil unter den Deutschen in der Tschechoslowakei viel höher als unter den Bürgern mit tschechischer Nationalität. Irgendwann Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre, lag er bei über 94 %, also viel höher als bei den Tschechen. Das Sudetenland war eher traditionell geprägt, es gab dort konfessionelle Minderheiten, zum Beispiel die Lutheraner, von denen es in der Zwischenkriegszeit weit über 100.000 gab, oder die altkatholische Kirche. Ihr gehörten dort nur einige Zehntausend Menschen an, aber sie konzentrierten sich fast ausschließlich auf ein kleines Gebiet in Nordböhmen, so dass die Zusammensetzung der Bevölkerung in Hinblick auf die Religionen vielfältig war. Die große Mehrheit jedoch war römisch-katholisch. Das brachte natürlich große Probleme mit sich, als sie dann eigentlich in das Mutterland der Reformation, eben gerade nach Ostdeutschland, umgesiedelt wurden. Probleme gab dort mit den Alteingesessenen, denn die Deutschen aus dem Sudetenland, die kamen, sprachen nicht nur mit einem anderen Dialekt, kleideten sich anders und hatten andere Sitten und Gebräuche, sondern hatten eben auch eine andere Religion. Das äußerte sich praktisch durch einen absoluten Mangel an Geistlichen und einer völlig unzureichenden Organisation der Kirchenverwaltung. Ich bin kein Experte auf diesem Gebiet, aber in Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Beispiel lebte der zuständige Bischof eigentlich auf der anderen Seite der Grenze, in Westdeutschland. Natürlich waren die ostdeutschen Behörden beziehungsweise die Besatzungsverwaltung nicht daran interessiert, dass dieser ebenfalls in den Osten kam und da die Verwaltung übernahm – es war also sehr kompliziert. Andererseits stellte die Kirche natürlich auch einige Einrichtungen für die Flüchtlinge zur Verfügung. Das waren Orte, an denen sie mehr oder weniger legal mit der Kirche in Kontakt stehen konnten. Es stimmt aber, dass die Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche im

Laufe der Jahre abnahm. Einige traten ganz aus der Kirche aus, ein kleinerer Teil von ihnen wechselte zur evangelischen Kirche. Die Religionspolitik der SED war der der KSČ in der Tschechoslowakei sehr ähnlich. Das Ergebnis dessen ist, dass heute in den neuen Bundesländern, wenn ich mich nicht irre, 70 bis 80 % der Bevölkerung konfessionslos sind.

Kommentar:

Ich denke, es ist an der Zeit, weitere konkrete Personen vorzustellen. Wir haben über Persönlichkeiten aus den Medien und aus der Wissenschaft gesprochen, nun wollen wir uns mit Künstlern beschäftigen.

Die wohl bekannteste Künstlerin aus der DDR, die in unserem Land geboren wurde, ist die Schauspielerin Carola Braunbock. Sie kennen sie sicherlich, sie spielte die Stiefmutter in „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“.

Ebenfalls aus Böhmen stammte Louis Fürnberg - Schriftsteller, Dichter, Übersetzer und Diplomat, Autor der Hymne der Kommunistischen Partei der DDR und anderer ostdeutscher Melodien, die den Aufbau des Sozialismus thematisierten und die übrigens während dieser Sendung zu hören sind. Auch Fürnberg verließ die Tschechoslowakei freiwillig, und das erst 1954. Wegen seiner jüdischen Herkunft hatte er Angst vor dem Antisemitismus, den die Kommunistische Partei nach dem Slánský-Prozess entfesselte. Paradox, oder? Ein Jude flieht aus Angst vor Antisemitismus nach Deutschland...

Louis Rauwolf wurde in Marienbad (tsch.: Mariánské Lázně) geboren. Zu DDR-Zeiten war er ein bedeutender Karikaturist, Autor gezeichneter Witze und Illustrator.

Einer der bekanntesten ostdeutschen Entertainer und Moderatoren, der Schauspieler, Drehbuchautor und Texter, Lutz Jahoda, stammte aus Brünn. Er stand in regelmäßigem Kontakt mit seiner Heimat und schrieb zum Beispiel für tschechische Bands deutsche Texte auf tschechische Volkslieder. Vor einigen Jahren veröffentlichte er eine Trilogie über die Geschichte seiner Familie in Brünn zwischen 1939 und 1945. Lutz Jahoda, geboren 1927, lebte zum Zeitpunkt der Produktion dieser Sendung im Frühjahr 2023 noch.

An weitere Künstler mit Wurzeln in den böhmischen Ländern wird die Kunsthistorikerin Anna Habánová von der Technischen Universität Liberec erinnern, die sich seit langem mit deutschsprachigen Künstlern aus den böhmischen Ländern beschäftigt.

Anna Habánová:

Ich möchte zwei Beispiele für deutschsprachige Künstler aus Böhmen, Mähren und Schlesien nennen, es gibt aber sicherlich noch viele mehr. Erwin Müller wurde 1893 hier in Reichenberg (tsch.: Liberec) geboren und hat in Wien studiert. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte er für kurze Zeit nach Wien zurück und verbrachte dann sein Leben bis 1945 in Reichenberg. Er kann als Maler der Neuen Sachlichkeit zugeordnet werden. 2014 gab es eine ihm gewidmete Retrospektive in der Galerie in Liberec. Wir wissen von ihm, dass er nach Naumburg in Sachsen-Anhalt gekommen ist, aber was er dort gemacht hat, ist für uns ein großes Rätsel. Da die Ausstellung 2013 das Interesse unserer deutschen Kollegen geweckt hat, wurde sie 2014 in Naumburg ebenfalls gezeigt. Natürlich haben meine Kollegen und ich dort im Museum nachgeforscht, ob es an dem Ort, an dem er bis zu seinem Lebensende gelebt hat und auch begraben ist, irgendwelche Belege für seine Arbeit gibt, aber wir konnten leider nichts finden. In der Stadt können sich manche Leute an ihn erinnern und wissen, dass er ein Außenseiter war und dass er gemalt hat, wahrscheinlich Auftragsmalereien, religiöse Gemälde, wie wir sie von unseren Großmüttern und Großvätern kennen, die sich solche religiöse Bilder der Jungfrau Maria über ihr Bett in ihre Schlafzimmern gehängt haben. Es gelang uns aber nicht, diese für die Ausstellung heranzuschaffen - wir wissen also eigentlich nichts über Erwin Müller.

Kommentar:

Es ist dennoch sehr interessant, dass ein Künstler, der vor dem Krieg im Stil der Neuen Sachlichkeit, d.h. im modernen, der Avantgarde zugehörigen Stil malte, sich nach dem Krieg dann aber religiösen Bildern widmete. Der zweite Künstler, dessen Schicksal ein ganz anderes war, ist Willi Sitte. Er wurde 1929 in Kratzau (tsch.: Chrastava) geboren, sein Vater war Sozialdemokrat, sein Großvater gründete wahrscheinlich die erste kommunistische Zelle in Kratzau. Willi selbst war seit seiner Jugend Kommunist. Seine künstlerische Ausbildung erhielt er durch Kurse für Musterzeichner im Kunstgewerbemuseum. Sein außerordentliches Talent glich sein Bildungsdefizit aus und er stellte bereits vor dem Krieg aus.

Anna Habánová:

Dann kam der Zweite Weltkrieg und er wurde 1940 nach Kronenburg einberufen, wo er große Wandgemälde nach Vorlagen anderer Maler schuf. Danach war er an der Front und kam in Italien in Kriegsgefangenschaft. Er war ein großer Verfechter des Kommunismus.

Anscheinend desertierte er und durch Unterlagen aus dem Archiv in Liberec ließ sich nachweisen, dass er irgendwann im August 1946 aus Italien nach Chrastava zurückkehrte, da seine Familie als antifaschistisch eingestuft wurde wie auch ein Großteil der Bevölkerung von Chrastava. Die Wahlen zum Gemeinderat in den 1920er Jahren waren damals von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit überwältigender Mehrheit gewonnen wurden, wodurch die Bewohner von Chrastava als antifaschistisch eingestuft wurden. Ende Oktober 1946 wurden sie mit dem fünfzehnten und wohl letzten Zug über Pirna in die sowjetische Besatzungszone vertrieben beziehungsweise freiwillig umgesiedelt. 1947 kam Sitte dann nach Halle und trat umgehend in die SED, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ein. Wir wissen, dass er 1950 an der dortigen Kunsthochschule unterrichtete. 1951 wurde er jedoch in den offiziellen Dokumenten der Kulturpolitik Sachsen-Anhalts als Anhänger des schädlichen Individualismus bezeichnet, der nicht der sozialistischen realistischen Malerei entsprach. Seine Position war, obwohl er ein sehr aktiver Kommunist war, sehr widersprüchlich. Was damals nicht in die vorgeschriebene Nomenklatur passte, war der Einfluss von Pablo Picasso, Paul Klee und Max Ernst, den er in den 50er Jahren für sich entdeckte, da er ihn in den 30er Jahren noch nicht kannte, weil er damals einfach keinen Zugang dazu hatte. Bereits 1949 bekam er seinen ersten staatlichen Auftrag und seine erste große Ausstellung in einem Museum - davor war er natürlich an vielen anderen Ausstellungen beteiligt, aber seine erste große Museumsausstellung fand im September 1963 in Erfurt statt. Nach und nach gelangte er immer weiter nach oben bis in die höchsten Ebenen der offiziellen Kunst- und Kulturpropaganda des ostdeutschen Kunstlebens. Er war viele Jahre lang Präsident des Verbandes Bildender Künstler der DDR und war bis 1989 in der Kunst- und Kulturpolitik der damaligen DDR sehr aktiv.

Kommentar:

Wenn Sie sich für Kunst interessieren, dann versuchen Sie, Bilder von Willi Sitte im Internet zu finden. Das ist wirklich kein sozialistischer Realismus, sondern - zumindest meiner Meinung nach - durchaus einzigartig.

Anna Habánová:

Willi Sitte malte im kubistischen Stil ein großes Gemälde von Lidice. Das Gemälde wurde anscheinend nach Lidice transportiert, wie aus im Archiv des Außenministeriums

aufbewahrten Berichten hervorgeht, aber höchstwahrscheinlich wurde es auf Veranlassung der DDR vernichtet, da das Gemälde nicht mehr auffindbar ist. Es handelte sich dabei um ein großformatiges Bild von den Leidens der Einwohner von Lidice.

Kommentar:

Im Rahmen der Sitte gewidmeten großen deutschen Retrospektive 2021 wurde das Gemälde gesucht, konnte jedoch nicht gefunden werden. Es gelang aber zumindest, es mit Hilfe von erhaltenen Schwarz-Weiß-Fotos zu rekonstruieren. Die DDR, so glaubt Anna Habánová, ließ es zerstören, weil dem Regime der Stil, in dem Sitte es malte, ideologisch nicht angemessen erschien.

Kommentar:

Und wie haben sich die Deutschen aus den böhmischen Ländern dann in den Strukturen des Regimes durchgesetzt? Wir haben gehört, dass durch die sogenannten Antifa-Transporte registrierte Antifaschisten, Sozialdemokraten und vor allem Kommunisten in die sowjetische Besatzungszone kamen. Wie wurden sie eingegliedert? Dazu frage ich noch einmal Tomáš Malínek.

Tomáš Malínek:

In der Vergangenheit wurden bereits Statistiken dazu erstellt, in welchen Bereichen oder Berufen sie am häufigsten vertreten waren. Die Diplomatie, der diplomatische Dienst, ist der klare Spitzenreiter, dort waren mit Abstand die meisten beschäftigt. In die Botschaften der DDR überall in der Welt wurden Botschafter mit sudetendeutscher Herkunft entsandt. Die bekannteste Persönlichkeit an dieser Stelle war sicherlich Oskar Fischer, der langjährige Außenminister der DDR. Der zweite Bereich, in dem die Antifaschisten zahlreich vertreten waren, waren die Streitkräfte, also die Polizei sowie die Geheimpolizei, einschließlich der Stasi, und später dann auch die Nationale Volksarmee und der Grenzschutz. Nach einer Statistik, die, glaube ich, die Stasi erstellt hat, waren etwa 50 % aller Generäle im Grenzschutz Vertriebene aus dem Osten. Und der dritte Bereich war die Propaganda und die Medien. Sowohl der diplomatische Dienst, die Streitkräfte sowie die Medien, all das stützte sich auf die beruflichen Erfahrungen der Antifaschisten. Bei den Antifaschisten aus der Tschechoslowakei war die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie entweder emigriert waren und

daher irgendwo in England oder in der Sowjetunion Erfahrungen gesammelt hatten, so dass eine Position im diplomatischen Dienst an sich eine schlüssige Möglichkeit war. Was die Streitkräfte anbelangt, so gab es eine Reihe von tschechoslowakischen Deutschen, die als Interbrigadisten in Spanien gewesen waren oder in die Sowjetunion ausgewandert waren und dann in den Reihen der Roten Armee gegen Hitlerdeutschland gekämpft hatten. Es gab Leute, die in der tschechoslowakischen Armee gekämpft hatten, entweder in England oder in der Sowjetunion. Es gab auch ehemalige Partisanen, die sich zum Beispiel am Slowakischen Nationalaufstand beteiligt hatten. Es gab also viele tschechoslowakische Deutsche mit Kampferfahrung, die dann einen entsprechenden Arbeitsplatz fanden. Und der Medienbereich wiederum hing damit zusammen, dass viele tschechoslowakische Deutsche, Kommunisten, schon vor dem Krieg nach Moskau gegangen waren und dann für die Kommunistische Internationale arbeiteten, so dass sie wiederum weitreichende Erfahrungen mit der Arbeit in den Medien hatten.

Kommentar:

Von den Sudetendeutschen, die im Sicherheitsbereich tätig waren, sei an dieser Stelle der vielleicht interessanteste erwähnt, nämlich Rudi Mittig, auch wenn er zu Kriegszeiten kein Antifaschist war. Mittig wurde in Liberec als Sohn eines Limonadenfabrikbesitzers geboren - ein Junge aus einer konservativen Familie, der Funktionär in der Hitlerjugend war. Er besuchte eine Ingenieursschule und wurde 1943 in die Wehrmacht eingezogen. Er kämpfte an der Ostfront, wo er 1945 in Kriegsgefangenschaft geriet. Nach einem einjährigen Besuch einer Antifa-Schule wurde er entlassen und ging direkt in die neu gegründete Deutsche Demokratische Republik. Hier trat er bald in die SED ein, machte seinen Hochschulabschluss und ging nach kurzer Zeit in das Ministerium für Staatssicherheit - bekannt als Stasi, das Pendant zu unserer StB. Er begann als Sachbearbeiter, arbeitete sich aber allmählich nach oben, bis er 1974 zum stellvertretenden Minister für Staatssicherheit ernannt wurde. Rudi Mittig, ein gebürtiger Reichenberger, einer der obersten Chefs der Stasi, starb 1994.

Tomáš Malínek:

Ich glaube, es war 1948, als in der DDR die so genannte National-Demokratische Partei Deutschlands gegründet wurde, eigentlich eine Blockpartei, die zur Nationalen Front gehörte. Eine Partei, die die führende Rolle der SED im politischen System der DDR

respektierte, die in erster Linie für ehemalige Mitglieder der NSDAP gedacht war, aber auch für Rückkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft sowie für Flüchtlinge und Vertriebene. Es handelte sich also um eine Partei, die die Stimmen derjenigen gewinnen sollte, die dem ostdeutschen Regime von vornherein voreingenommen gegenüberstanden, die aber gleichzeitig so geschickt angelegt war, dass sie z.B. Stimmen von den Christdemokraten, die bei den ersten Nachkriegswahlen unter den Vertriebenen sehr beliebt waren, abschöpfen sollte. Es war ein ähnliches System wie beispielsweise kurz nach dem Krieg in der Slowakei, wo die Partei der Freiheit ebenfalls gegründet wurde, um den Demokraten Stimmen abzujagen, und daher scheinbar sehr konservativ und antikommunistisch eingestellt war. Die Kommunisten unterstützten sie aber, um die Stimmen derjenigen aufzusplitten, die normalerweise gegen die Kommunisten stimmen würden. Das gleiche System wurde eben auch in Ostdeutschland angewandt. Und in dieser Partei war zum Beispiel Ferdinand Thun aktiv.

Kommentar:

Ferdinand Thun-Hohenstein wurde 1921 in Tetschen (tsch.: Děčín) als Nachkomme der Adelsfamilie von Thun und Hohenstein geboren. Seine Großmutter war die Schwester von Sophie Chotek von Chotkowa, der Frau von Franz Ferdinand von Österreich-Este. Auch Ferdinand Thun geriet während des Krieges in Gefangenschaft und absolvierte die Antifa-Schule. Aus der Gefangenschaft ging er direkt in die DDR. Er studierte Politikwissenschaft und trat in den diplomatischen Dienst ein. Er vertrat die DDR auf diplomatischen Missionen im Iran und in Afghanistan. Danach arbeitete er in den Delegationen der DDR bei der UNO, wo er sich vor allem mit der Begrenzung der Atomwaffen beschäftigte. Später wurde er zum Delegierten der DDR bei der UNESCO ernannt. Er starb im Herbst 2022. Es ist interessant, dass die kommunistische Tschechoslowakei Angehörige der "besiegten Klassen", wie die Deutschen, generell ausgrenzte, während die kommunistische DDR auch diesen Menschen eine Chance gab. Was sagt der Historiker Tomáš Malínek dazu?

Tomáš Malínek:

In der DDR war es so, dass das Regime die Vertriebenen und die Menschen mit NS-Vergangenheit als potenzielle Bedrohung für seine Stabilität und für seine Beziehungen zu

den anderen osteuropäischen Staaten ansah. Es war also in ihrem Interesse, diese Menschen so schnell wie möglich zu assimilieren und sie daran zu hindern, eine eigenständige Identität zu entwickeln, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen. Selbst bei den früheren Nazis musste man also irgendwie darauf hinarbeiten, sie für sich zu gewinnen - wenn schon nicht mit begeisterter Zustimmung, so doch zumindest zu einer grundlegenden Loyalität dem Regime gegenüber. Es gab da einfach keinen anderen Weg.

Kommentar:

Das war das Schlusswort von Tomáš Malínek und somit auch das Ende des heutigen Téma Plus. Die technische Zusammenarbeit erfolgte mit Lenka Čurdová, für die Dramaturgie war David Hertl verantwortlich und vom Mikrofon aus verabschiedet sich Veronika Kindlová. Auf Wiederhören!